

»Verhandeln statt Krieg«

Die Ukraine will gegen die Separatisten mobilisieren. Doch immer mehr Westukrainer fordern eine friedliche Lösung – und verweigern den Kriegsdienst

Von Bernhard Clasen



Verweigerer Ruslan Kotsaba: Alles andere als ein Sympathisant für die Separatisten in der Ostukraine

Zwischen 100 000 und 200 000 ukrainische Männer sollen 2015 für den Krieg in der Ostukraine mobilisiert werden. Doch das scheint aussichtslos. Es gibt kaum ein Dorf oder eine Gemeinde, die keinen Gefallenen aus ihren Reihen zu beklagen haben. Insbesondere in der Westukraine steigt die Ablehnung des Krieges. Immer mehr Menschen fordern von Präsident Petro Poroschenko, für Friedensverhandlungen einzustehen, statt für den Krieg zu mobilisieren. Und sie setzen ihn unter Druck. Die einen entziehen sich der Einberufung, immer mehr aber verweigern öffentlich den Kriegsdienst.

Einer von ihnen ist der 48-jährige Ruslan Kotsaba. Der Journalist aus der Karpatenstadt Iwano-Frankiwsk hatte Mitte Januar in einer auf »YouTube« veröffentlichten Erklärung an Präsident Poroschenko und das ukrainische Volk angekündigt, dass er einer Einberufung nicht Folge leisten werde. Gleichzeitig rief er zur Kriegsdienstverweigerung auf. Kurz darauf leitete die Staatsanwaltschaft erste Ermittlungen wegen Landesverrates ein, inzwischen wurde er verhaftet, sein Haus durchsucht.

»Es fällt mir leichter, für meine Überzeugung im Gefängnis zu sitzen, als auf meine Landsleute zu schießen«, erklärte der westukrainische Journalist gegenüber *Publik-Forum*. Kotsaba passt nicht in das Bild von ukrainischen Kriegsgegnern, denen man unterstellt, mit den Aufständischen in der Ostukraine zu sympathisieren oder gar für den früheren Präsidenten Viktor Janukowitsch gearbeitet zu haben.

Der Journalist war bereits 2004 während der »oranen Revolution« in Kiew gegen

Viktor Janukowitsch auf die Straße gegangen. Zehn Jahre später war er wieder auf dem Maidan, wieder gegen Viktor Janukowitsch. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 hatte er Petro Poroschenko seine Stimme gegeben.

Als einziger ukrainischer Journalist hatte er den Mut, in die von den Aufständischen kontrollierten Städte Donezk und Lugansk zu reisen und von der anderen Seite über den Krieg zu berichten. »Ich habe dort erlebt, wie sehr sich die Menschen nach dem Frieden sehnen. Die Menschen dort wollen den Krieg nicht.« In Lugansk habe er ähnlich wie auf dem Maidan hoffnungsvolle Menschen erlebt, die Veränderungen woll-

»Es fällt mir leichter, für meine Überzeugung im Gefängnis zu sitzen, als auf meine Landsleute zu schießen Ruslan Kotsaba

ten, ein friedliches Leben in einer Ukraine, die zu Europa gehört.

Nach Bekanntwerden der Mobilisierungspläne habe er sich im Januar entschlossen, den Kriegsdienst zu verweigern. »Ich werde mich an dem Brudermord nicht beteiligen«, so Kotsaba zu *Publik-Forum*. »Ein Friede ist nur auf dem Verhandlungsweg möglich. Wir müssen verhandeln, verhandeln und verhandeln.« Mittlerweile haben über 280 000 Internet-Nutzer seinen YouTube-Beitrag angeklickt.

Doch um Druck auf die Regierung auszuüben, damit die mehr für Friedensverhandlungen tut, müssten sich viel mehr Menschen offen artikulieren, ist Kotsaba überzeugt. Das Potenzial dafür gibt es schon. Allein im westukrainischen Gebiet Iwano-Frankiwsk sind 57 Prozent der Einberufenen nicht im Wehramt erschienen. Doch immer mehr verweigern offen mit der Begründung, dass sie Friedensverhandlungen wollen. Allein in der 350 000 Einwohner zählenden Stadt Winnyzja waren es laut der *Gazeta po-ukrainski* 140 Männer.

Sie alle vereint eine Überzeugung: Die Ukraine hat das Recht, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen durchzusetzen. Solange sie jedoch ihre territoriale Integrität mit einer Wirtschaftsblockade, mit Artillerie und Raketen durchsetzen will, wird sie scheitern. Mit jedem Beschuss von Donezker Wohnvierteln, Schulen und Straßen nimmt die Unterstützung von Kiew in den aufständischen Gebieten

weiter ab. Kiew muss stattdessen den Bewohnern von Donezk und Lugansk ein gutes Angebot machen. Dies könnte die Aufhebung der Wirtschaftsblockade, ein Waffenstillstand, Amnestie für Aufständische und ein Wiederaufbauprogramm sein. Und noch etwas: Europa könnte russischsprachigen Minderheiten Ängste nehmen, indem es Russisch zu einer weiteren Amtssprache der Europäischen Union erklärt. ♦

Der Autor ist Journalist, Russland-Experte und hält sich zurzeit in Kiew auf.